

## Beschluss Vier Gleise statt sechs Spuren: Planungskapazitäten sinnvoll nutzen

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg

Beschlussdatum: 27.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

### Antragstext

- 1 Der Kreisverband Pinneberg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich entschieden
- 2 gegen den geplanten sechsstreifigen Ausbau der A23 zwischen den Anschlussstellen
- 3 Eidelstedt und Tornesch aus. Das Verkehrsaufkommen rechtfertigt diesen massiven
- 4 Eingriff nicht, zudem ist das Projekt wirtschaftlich nicht vertretbar. Es bindet
- 5 Planungskapazitäten und Mittel, die dringend an anderer Stelle benötigt werden.
  
- 6 Wir fordern, dass Ressourcen prioritär in den Ausbau der Schiene fließen,
- 7 insbesondere in die Realisierung des dritten und vierten Gleises, um eine
- 8 nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur im Kreis und der
- 9 Metropolregion sicherzustellen. Zudem muss die im Koalitionsvertrag Schleswig-
- 10 Holstein festgelegte Reaktivierung und Erweiterung der Bahnanbindung Uetersen-
- 11 Tornesch nach Hamburg Nord/Barmbek sofort mitgeplant werden. Mit einer
- 12 Schienenanbindung in den Hamburger Norden würde die A23 deutlich entlastet. Dies
- 13 ist für den Wirtschaftsstandort Kreis Pinneberg, aber auch im Hinblick auf das
- 14 neu zu bauende Krankenhaus in Pinneberg Nord von zentraler Bedeutung, da eine
- 15 leistungsfähige, zuverlässige und klimafreundliche Anbindung für Mitarbeitende,
- 16 Patient\*innen und Besucher\*innen essenziell ist.
  
- 17 Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass notwendige Anpassungen im Bereich
- 18 der Anschlussstellen vorgenommen werden können, wenn sie der Erreichbarkeit und
- 19 Versorgungssicherheit im Bereich des Krankenhauses dienen.

## Beschluss Trinkwasserbrunnen kreisweit installieren

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

### Antragstext

- 1 Der Kreisverband setzt sich dafür ein, dass in allen Orten im Kreis Pinneberg
- 2 Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Wir Grüne sehen dies als notwendigen
- 3 Schritt zur Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes, um den öffentlichen Raum
- 4 bedürfnisorientierter zu gestalten und das Menschenrecht auf Trinkwasser zu
- 5 wahren.
- 6 Der Kreisvorstand wird aufgefordert, eine Antragsvorlage inklusive der
- 7 Möglichkeiten zu Finanzierung und Kooperationen für die Ortsfraktionen zu
- 8 entwerfen und die Ortsfraktionen beim Prozess zur Umsetzung zu unterstützen.

## Beschluss Vernetzt unterwegs: Radverkehr systematisch ausbauen und koordinieren

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg

Beschlussdatum: 27.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

### Antragstext

Ziel ist es, den Radverkehr im Kreis Pinneberg systematisch zu stärken, besser zu vernetzen und eine attraktive, sichere und klimafreundliche Mobilität für alle Menschen zu ermöglichen. Dazu wird beschlossen:

#### Kreisebene

##### 1. RadRoutePlus umsetzen

Der Kreis Pinneberg setzt sich für die zügige Planung und Umsetzung der RadRoutePlus von der Hamburger Landesgrenze bis Elmshorn ein. Diese soll als erste hochwertige Radverkehrsachse in der Metropolregion Hamburg im Kreis Pinneberg entstehen. Ziel ist es, eine leistungsfähige, sichere und durchgängige Verbindung für den Alltagsradverkehr zu schaffen.

##### 2. Radverkehrskoordination einrichten

Der Kreis Pinneberg richtet eine Stelle für eine Radverkehrskoordination ein, die über das Landesförderprogramm "Ab aufs Rad" finanziert werden kann. Ziel ist es, das bestehende Radverkehrskonzept weiterzuentwickeln, kommunale Strukturen zu vernetzen und den Aufbau eines übergreifenden Radwegenetzes im Kreis voranzubringen.

##### 3. Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Zur Stärkung des kommunalen Austauschs wird eine AG Radverkehr im Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegründet. Gleichzeitig wird die Kreisverwaltung beauftragt, interkommunale Abstimmungsprozesse zur Radverkehrsplanung institutionell zu etablieren. Ziel ist es, Synergien zwischen den Kommunen zu nutzen und ein schlüssiges Radwegenetz für den gesamten Kreis zu entwickeln.

#### Landesebene

Ziel ist es, die rechtlichen und institutionellen Grundlagen für eine nachhaltige Radverkehrsförderung in Schleswig-Holstein und der Metropolregion Hamburg zu schaffen. Dazu wird beschlossen:

##### 4. Radwege im Straßen- und Wegegesetz verankern

Das Land Schleswig-Holstein soll Radwege systematisch in das Straßen- und Wegegesetz (StrWG) aufnehmen. Ziel ist es, Radwege rechtlich den Straßen gleichzustellen, klare Zuständigkeitsebenen (Gemeinden, Kreise, Land) zu definieren und Radwege auch unabhängig von Straßenkörpern planungsfähig zu

33 machen. Beispielhaft kann die Umsetzung des Niedersächsischen  
34 Straßengesetzes dienen.

35 5. Institution für länderübergreifende Radwegeplanung schaffen  
36 Schleswig-Holstein setzt sich gemeinsam mit Hamburg, Niedersachsen und  
37 Mecklenburg-Vorpommern für den Aufbau einer länderübergreifenden  
38 Institution in der Metropolregion Hamburg ein. Ziel ist es, Planung, Bau  
39 und Finanzierung eines übergeordneten Radwegenetzes länderübergreifend zu  
40 koordinieren.

41 Im Hinblick auf den Landesparteitag wird der Kreisvorstand befähigt, in  
42 Absprache mit den Antragstellenden, den Antrag zu modifizieren und auf dem  
43 Landesparteitag einzubringen.

## Beschluss Den Rechtsstaat in der Fläche sichern!

Gremium: Kreismitgliederversammlung Pinneberg

Beschlussdatum: 27.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

### Antragstext

- 1 Mit der Ankündigung des Justizministeriums, die Reduzierung der Amtsgerichte auf  
2 eines pro Kreis zu prüfen, erhebt sich berechtigter Widerspruch von Fachleuten  
3 und aus der Zivilgesellschaft. Der Vorschlag berücksichtigt keine strukturellen  
4 Unterschiede in den Regionen unseres Bundeslandes, erhöht deutlich die Fahrtwege  
5 und stellt eine zusätzliche Belastung der bestehenden Standorte im Land dar.
- 6 Eine gute Justiz sichert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. An den  
7 Amtsgerichten werden oftmals Dinge verhandelt, die das alltägliche Leben der  
8 Menschen unmittelbar betreffen, wie Mietangelegenheiten, Familien-, Betreuungs-  
9 oder kleinere Strafsachen. Gerade in der aktuellen Zeit ist ein solcher  
10 Einschnitt der falsche Weg und benachteiligt im Kern Menschen mit niedrigem  
11 Einkommen oder mobilitätseingeschränkte Personen.
- 12 Dabei zeigt sich besonders im Hamburger Randgebiet, welche Defizite eine  
13 generelle, kreisbezogene Zusammenlegung mit sich bringt. Durch eine hohe  
14 Besiedelungs- und Bevölkerungsdichte birgt eine Zusammenlegung eine deutliche,  
15 überproportionale Mehrbelastung für die verbleibenden Amtsgerichte. Auch im  
16 ländlichen Raum in Schleswig-Holstein ist ein Rückzug aus der Fläche fatal. Denn  
17 in diesen Regionen, in denen die Wege besonders weit sind und der ÖPNV nicht  
18 ausreichend ausgebaut ist, führt dies zu einer Belastung für die Rechtsuchenden.  
19 Amtsgerichte sind nicht nur Orte, die Urteile produzieren, sie sind eine Bastion  
20 des Rechtsstaates vor Ort.
- 21 Daher werden wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Prozess kritisch begleiten und  
22 darauf hinwirken, dass sich eine Reform nicht pauschal an Kreisgrenzen  
23 orientiert, sondern die Zielsetzung haben muss, allerorts im Land einen guten  
24 Zugang zur Rechtspflege und einer funktionierenden Justiz zu sichern.
- 25 Der Kreisvorstand wird befähigt, den Antrag im Rahmen des Landesparteitags  
26 einzureichen und in Absprache mit den Antragsstellenden Modifikation  
27 vorzunehmen.

## A5NEU Keine Wehrpflicht, keine Pflichtdienste

Gremium: GRÜNE JUGEND Kreisverband Pinneberg  
Beschlussdatum: 17.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

### Antragstext

1. Der Kreisverband Pinneberg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich klar gegen jeglichen Pflichtdienst, wie den Wehrdienst oder Zivildienst, aus.
  2. Den neuen freiwilligen Wehrdienst der Bundesregierung, der an einen Pflichtdienst gewöhnen soll, lehnen wir ebenso ab.
  3. Auch dürfen die wegen schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen zerfallenden Sozial- und Pflegesysteme nicht durch die nur Symptome bekämpfende Verpflichtung von jungen Erwachsenen stabilisiert werden.
  4. Wir fordern stattdessen den Ausbau von freiwilligen, fair bezahlten und attraktiven Angeboten für junge Personen im sozialen und ökologischen Bereich. Dazu gehören der Ausbau und die Steigerung der Attraktivität von FSJ- und FÖJ-Stellen.
- Der Kreisvorstand wird beauftragt, diese Position auf dem Landesparteitag einzubringen.

### Begründung

Wir stehen für Freiheit, Selbstbestimmung und eine friedliche Gesellschaft.

- Freiheit statt Pflicht: Eine Rückkehr zu Pflichtdiensten wäre ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit vieler junger Leute. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, falls sich nicht genug Freiwillige finden, auf eine Pflicht umstellen zu wollen. Durch den immer steigenden Personalbedarf der Bundeswehr und wenig Bereitschaft unter Jugendlichen, einen Wehrdienst zu leisten, ist es nur eine Frage der Zeit, wann aus dem vermeintlich freiwilligen Wehrdienst wieder eine Wehrpflicht wird.
- Kein Zwang an der Waffe: Junge Menschen dürfen niemals verpflichtet werden, militärisch zu dienen oder mit der Waffe in der Hand für den Staat einzutreten. Ob freiwillig oder verpflichtet: Militärische Auseinandersetzungen widersprechen unseren Grundwerten von Frieden und Gewaltfreiheit. Niemand sollte Militärdienst leisten, eine Waffe in die Hand nehmen, einem anderen Menschen Schaden zufügen oder töten.
- Beim Wehrdienst lernen junge Menschen autoritäres Denken und blinde Gehorsamkeit. Das ist mit unserem freiheitlichen und selbstbestimmten Weltbild nicht vereinbar.
- Auch ein durch höheren Lohn attraktiverer Wehrdienst ist mindestens so lange abzulehnen, bis alle Personen eine Möglichkeit haben, einen ausreichenden Lebensunterhalt über andere Wege

zu bestreiten. Solange noch Menschen von Bürgergeld leben oder aufstocken müssen, ist der Dienst an der Waffe nur für Wohlhabende eine völlig freie Wahl.

- Frieden statt Militarisierung: Sicherheit entsteht nicht durch mehr Soldaten und Waffen, sondern durch Diplomatie, Prävention und starke internationale Zusammenarbeit. Mehr Personal bei der Bundeswehr stärkt die Sicherheit Deutschlands, der EU und der NATO nur begrenzt. Viel wichtiger wäre eine bessere Zusammenarbeit der europäischen Armeen oder die Einführung von EU-Streitkräften.

Als bessere Alternativen fordern wir: Statt Milliarden in eine militärische Zwangsstruktur zu stecken, um uns auf eine potenzielle Gefahr vorzubereiten, sollten Ressourcen dahingehend genutzt werden, uns auf Gefahren vorzubereiten, die auf jeden Fall auf uns zukommen: die Klimakrise, zerfallende soziale Infrastruktur, die dadurch fortschreitende Spaltung der Gesellschaft und noch viele weitere.